



## AGA-Report Nr. 6 / 2010



# Aktiv aus der Krise – Beschäftigte, Erwerbslose und SeniorInnen gemeinsam

# AGA

Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit

## Inhaltsverzeichnis

<b>Widerstand gegen das Sparpaket ist notwendig!</b>	<b>1</b>	<b>Die Alten machen Medien</b>	<b>15</b>
<i>Die offizielle Arbeitslosenstatistik zeigt ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit/Mai 2010 als Beispiel</i>		<i>Hannover/Hamburg/Bremen: Auf eine im DGB bisher einmalige Weise arbeiten Senioren zusammen</i>	
<b>Unvollständig, unzulänglich, undurchsichtig</b>	<b>3</b>	<b>Seniorenarbeit beginnt schon vor der Rente</b>	<b>16</b>
<i>Die offizielle Arbeitslosenstatistik zeigt ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit/Mai 2010 als Beispiel</i>		<i>Wie es gelingt, ältere Metaller nach der Erwerbsarbeit „bei der Stange zu halten“</i>	
<b>Ein Hartz IV-Urteil, das politische Aktion erfordert</b>	<b>4</b>	<b>Ü18 – Senioren auf Berufsschultour</b>	<b>17</b>
<i>Wir können dazu beitragen, das Grundrecht auf „soziokulturelles Existenzminimum“ einzulösen</i>		<i>Cottbus: Ältere Gewerkschafter kommen bei Jugendlichen gut an</i>	
<b>„Die Aussichten lassen nichts Gutes erahnen“</b>	<b>6</b>	<b>Seniorentreff und Jugendzentrum</b>	<b>18</b>
<i>Gedanken von Rentnern, welche Zukunft die Jugend erwartet – und wie sie sich engagieren</i>		<i>Bad Kreuznach: Metaller Werner Gräff baut mit an der sozialen Stadt</i>	
<b>Was sich Großeltern für ihre Enkel wünschen</b>	<b>7</b>	<b>Eine West-Ost-Partnerschaft, die trägt</b>	<b>19</b>
<b>„Irgendwie macht mir das Angst“</b>	<b>8</b>	<i>IGM-Senioren aus Erlangen und Jena gestalten Ausstellung „20 Jahre Mauerfall“</i>	
<i>Ein junger Erwerbsloser legt offen, wie er sich fühlt – und lobt die IG Metall</i>		<b>Am Bahnhof, auf der Straße</b>	<b>20</b>
<b>Vieles ist möglich, vieles hat sich bewährt</b>	<b>9</b>	<i>Hamburg: Wohnbereichsgruppe Altona klärt Bürger über Gesundheitspolitik auf</i>	
<i>Arbeit für Erwerbslose und mit Erwerbslosen ist in der IG Metall breit entfaltet</i>		<b>„Bewegung ist das Tor zum Lernen“</b>	<b>21</b>
<b>Überrascht, freundlich, dankbar</b>	<b>10</b>	<i>IGM-Senioren arbeiten mit Landessportbund zusammen/Wochenseminare immer beliebter</i>	
<i>Zwickau: AGA-Team kümmert sich erfolgreich um Erwerbslose</i>		<b>Wohnen im Alter – aber wie?</b>	<b>22</b>
<b>„Ehrenamtliche Berater sind eine wichtige Stütze“</b>	<b>11</b>	<i>Darmstadt: Die Bau- und Wohngemeinschaft Wohnsinn e. G. ist ein gutes Beispiel</i>	
<i>Ein Gespräch mit Christiane Santana, 2. Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Augsburg</i>		<b>Nur drei Rentner waren Delegierte</b>	<b>23</b>
<b>Arbeitslose Mitglieder halten, Angebote ausbauen!</b>	<b>12</b>	<i>„Die AGA muss auf dem Gewerkschaftstag 2011 stärker vertreten sein“</i>	
<i>Das Mitgliederprojekt für Erwerbslose: Erkenntnisse und Schlussfolgerungen</i>		<b>Sozialwahl 2011 vorbereiten!</b>	<b>24</b>
<b>Wie Arbeitslosigkeit (auch) gemacht wird</b>	<b>13</b>	<b>Geplante Seminare des Ressorts AGA für 2011</b>	<b>24</b>
<i>Das Beispiel Siemens in Erlangen/Mit Protest und Konzepten kämpfen Metaller für ihre Arbeitsplätze</i>			
<b>Ein Jubiläum: Der 50. Senioren-Report</b>	<b>14</b>		
<i>Berlin: Unzufriedenheit führte vor zehn Jahren zu einer Idee, die nach wie vor Früchte trägt</i>			

Das Titelbild zeigt eine Aktion der IGM-Verwaltungsstelle Wolfsburg vom 23. Juni 2010 gegen das Sparpaket der Bundesregierung.

## Widerstand gegen das Sparpaket ist notwendig!

### Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir leben in verrückten Zeiten: Im Jahr 2 der Krise knallen wieder die Sektkorken in den Banken und an den Börsen. Vor Jahren haben Spekulanten die Lebensmittelpreise in die Höhe getrieben und damit die Nahrungsgrundlage von Millionen Menschen bedroht. Zwischenzeitlich wetteten sie gegen Kokskohle und Erze und gefährdeten tausende von Arbeitsplätzen. Und nun sind ganze Länder an der Reihe. Die Banken haben an der Verschuldung Griechenlands verdient, sie wollen am Schuldenmanagement verdienen – und jetzt sind Portugal und Spanien im Visier. Das ist die Generalprobe für ein Stück, das überall aufgeführt werden kann. Auch deshalb müssen wir gegenhalten. Im eigenen Interesse.

Ich frage mich, wie lange sich demokratische Staaten noch von den Finanzmärkten die Politik diktieren lassen? Damit muss endlich Schluss sein! Viele haben ihren Job bereits verloren, und noch mehr zahlen bereits täglich für die Krise: durch Einkommensverluste, betrieblichen Sozialabbau und Nullrunden bei den Renten.

Sicher: Der Export zieht wieder an und Auswirkungen der Krise auf dem Arbeitsmarkt sind geringer, als befürchtet. Aber angesichts der Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten besteht kein Grund zur Entwarnung.

Dennoch melden sich die sogenannten Wirtschaftsexperten wieder zu Wort und fordern, staatliche Schulden und Leistungen abzubauen. Manchmal fehlen einem fast die Worte. Jahrelang haben diese Experten den Marsch in den Finanzmarkt-Kapitalismus mit neoliberalen Ratschlägen befördert. Die Krise haben sie nicht kommen sehen, ihre Tiefe haben sie völlig unterschätzt und ihre Therapievorschläge haben die Situation verschärft. Zum Beispiel der Präsident des Bundesverbandes der Industrie, Peter Keitel. Er forderte die Regierung auf, „an die großen Positionen, beispielsweise an die Sozialsysteme“ heranzugehen. Er sei überzeugt, dass „wir dort auf gewaltige Einsparpotentiale stoßen“ würden.

Und was tut die Bundesregierung? Sie setzt die Anforderungen des BDI beflissen um und legte kurz darauf ein Sparpaket vor. Es ist ungerecht und unwirksam. Es ist nichts anderes als Sozialabbau. Die Vorschläge sind sozial ungerecht, weil sie in erster Linie Beschäftigte und Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen treffen, die schon heute existenziell auf öffentliche Leistungen angewiesen sind. Während zahlreiche Einschnitte bei Beschäftigten, Hartz IV-Beziehern und Rentnern vorgesehen sind, bleiben Reiche und Superreiche ungeschoren. Zudem ist die Vorstellung,



*Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall*



*Sparpaket: Zahlreiche Einschnitte sind bei Beschäftigten, Hartz IV-Beziehern und Rentnern vorgesehen*

man könne sich aus der Krise heraus sparen, so abwegig wie Münchhausens Rettung aus dem Sumpf. Die Sparpolitik würgt die Konjunktur ab. Das kostet die öffentliche Hand mehr, als sie einbringt. Wer die öffentlichen Haushalte wirklich konsolidieren will, muss die Einnahmen in sozial ausgewogener Weise erhöhen und die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand verbessern. Notwendig sind dazu die Wiedereinführung der Vermögensteuer, höhere Körperschaftssteuern, die Anhebung des Spitzensteuersatzes sowie eine Finanztransaktionssteuer.

Dieses Sparpaket unterstreicht die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Aktionen im Herbst: „Widerstand ist notwendig!“ Er ist notwendig wegen des Sparpakets, aber auch wegen der sonstigen Politik der schwarz-gelben Koalition: Sie verweigert jegliche Korrekturen bei Rente mit 67. Altersarmut und die schlechte Situation Erwerbsgeminderter ist für diese Regierung ebenfalls kein Thema. In der Gesundheitspolitik ist klar: Die Wirtschaft bleibt weitgehend ungeschoren, während die Versicherten die Zeche zahlen und die vollständige Abkehr vom Solidarsystem vollzogen wird. Und trotz des Urteils des Bundesverfas-

sungsgerichts zu den Regelsätzen betreibt die Regierung eine Arbeitsmarktpolitik, die Lohndumping und die Ausbreitung von Niedriglöhnen fördert.

Hier kommt auch die Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit ins Spiel. Sie hat – hiervon zeugt auch dieser Report – mit dazu beigetragen, dass die IG Metall ihre sozialpolitischen Alternativen in der Mitgliedschaft und in der Öffentlichkeit verankert hat. Dies ist eine Voraussetzung, um ausstrahlungsfähig zu bleiben, Mitglieder zu halten und zu gewinnen und letztlich, um sozialpolitische Errungenschaften zu verteidigen und einen Politikwechsel durchzusetzen. Dieser Report verdeutlicht, dass sich Metallerinnen und Metaller in allen Teilen der Republik auch außerhalb der Betriebe engagieren. Die vielen guten Beispiele des Engagements können weitere Anregungen geben und sie werden die Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit weiter beflügeln. Damit die IG Metall auch in Zukunft ausstrahlungs- und handlungsfähig ist. Damit auch die Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit dazu beiträgt, dass der Herbst heiß wird!

*Hans-Jürgen Urban, im Juli 2010*

## Unvollständig, unzulänglich, undurchsichtig

Die offizielle Arbeitslosenstatistik zeigt ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit/Mai 2010 als Beispiel

**Trotz Krise ist der Arbeitsmarkt laut Statistik der Bundesagentur „robust“. Die offizielle Arbeitslosenzahl lag im Mai 2010 bei „nur“ 3,24 Millionen. Dabei sind jedoch längst nicht alle Arbeitslosen eingerechnet. Tatsächlich liegt die Zahl in der Nähe von fünf Millionen.**

Richtig ist, dass Kurzarbeit und andere Maßnahmen wie z. B. Abbau von Überstunden und Arbeitszeitkonten Arbeitsplätze gesichert haben. Das ist auch ein Erfolg der IG Metall. Zudem hat neben einem Abbau (vor allem im verarbeitenden Gewerbe) besonders in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Bildung und Erziehung auch ein Aufbau von Beschäftigung stattgefunden. Richtig ist aber auch, dass in der amtlichen Statistik längst nicht alle arbeitslosen Personen auch als arbeitslos gezählt werden. Nicht eingerechnet werden etwa Ein-Euro-Jobber, Arbeitslose in Eignungsfeststellungs- und Trainings-, in Eingliederungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, Arbeitslose in beruflichen Eingliederungsmaßnahmen (hierzu zählt auch die Vermittlung durch private Dienstleister), Arbeitslose in beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen sowie auch arbeitsunfähige/kranke Arbeitslose.

Zudem werden viele über 58-Jährige nicht mitgezählt, die noch die auslaufende sogenannte vorruhestandsähnliche Regelungen in Anspruch nehmen (§428 SGB III bzw. §65 SGB II). Diese Personen erhalten ALG I oder ALG II, müssen dem Arbeitsmarkt aber nicht mehr zur Verfügung stehen. Seit Anfang 2008 gelten zudem über 58-Jährige nicht mehr als arbeitslos, wenn sie mindestens zwölf Monate Grundsicherung bezogen haben, ohne dass ihnen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angeboten worden ist (§53a SGB II). Diese Gruppen umfassen derzeit immerhin ca. 260.000 Personen. Allerdings liegen keine gesicherten Daten vor. So wird lediglich geschätzt, dass sich darunter ca. 190.000 Personen befinden, die noch von der alten vorruhestandsähnlichen Regelung Gebrauch machen.

Doch das ist noch nicht alles. So gibt es Nicht-Erwerbstätige, die zwar eine Beschäftigung suchen, aber nicht registriert sind. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

(IAB) nennt diese „unsichtbare“ Gruppe „Stille Reserve im engeren Sinn“. Hierzu gehören z. B. Personen, die arbeitslos und auf Arbeitssuche sind, ohne arbeitslos gemeldet zu sein. Ebenso Personen, die die Suche zunächst entmutigt aufgegeben haben. Oder Schüler oder Studierende, die den Abschluss wegen der schlechten Arbeitsmarktlage hinauszögern. Für 2010 schätzt das IAB diese Stille Reserve auf 400.000 Personen. Und schließlich fehlt in der Statistik die Zahl der ALG II-Empfänger, die arbeitslos oder arbeitsunfähig sind. Hierzu sind keine Zahlen verfügbar.

*Stefanie Janczyk, Ressort Allgemeine Sozialpolitik*

Offizielle Arbeitslosenzahl Mai 2010	3.241.529
+ Arbeitslose in	
Aktivierung und beruflicher Eingliederung (inkl. Vermittlung durch Dritte)	ca. 253.000
Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen	ca. 1.600
beruflicher Weiterbildung	ca. 215.000
Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten)	ca. 304.000
+ Kranke/Arbeitsunfähige Arbeitslosengeld I-Empfänger (§126 SGB III)	ca. 44.000
+ Arbeitslosengeld I-Empfänger über 58, vorruhestandsähnliche Regelung (§428 SGB III)	ca. 1.200
+ Arbeitslose über 58, die seit mind. 12 Monaten ALG II beziehen, ohne dass ihnen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angeboten wurde (§53a SGB II)	ca. 68.000
+ Arbeitslose über 58, die in den Bereich der Grundsicherung fallen (Schätzung) und die vorruhestandsähnliche Regelung (§65 SGB II) in Anspruch nehmen	ca. 190.000
Tatsächliche Arbeitslosenzahl Mai 2010	ca. 4.300.000
Stille Reserve im engeren Sinn (Schätzung)	ca. 400.000
<b>Gesamtzahl an Arbeitslosen</b>	<b>ca. 4.700.000</b>

Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. Monatsbericht: Mai 2010, S. 66.

## Ein Hartz IV-Urteil, das politische Aktion erfordert

Wir können dazu beitragen, das Grundrecht auf „soziokulturelles Existenzminimum“ einzulösen



Aktion gegen das Sparen bei den Schwachen in Wolfsburg: Forderung nach einem menschenwürdigen Leben

**Am 9. Februar 2010 verkündete das Bundesverfassungsgericht sein Urteil über die Regelleistung im SGB II (Hartz IV). Zwar hat das Gericht die Erwartungen, dass es den Weg zu einer höheren Regelleistung und damit zu einem menschenwürdigeren Leben freimachen würde, nicht erfüllt. Aber im Urteil hat das Gericht doch eine Reihe von Feststellungen getroffen, die uns in unserer Arbeit weiterhelfen können.**

Das Gericht stellte fest, dass die derzeitige Höhe der Regelleistung das „soziokulturelle Existenzminimum“ nicht evident unterschreite. Evident heißt soviel wie: offensichtlich, augenscheinlich, auf der Hand liegend. Mit anderen Worten: die Regelleistung von 359 Euro verstößt nicht gegen die Verfassung. Soweit, so schlecht. Weshalb befassen wir uns also damit? Ganz einfach: Weil das Gericht zwar nicht die Höhe, aber die Berechnung für verfassungswidrig erklärt hat.

Die für uns wichtigste Feststellung ist, dass es ein Grundrecht auf ein „soziokulturelles Existenzminimum“ gibt. In der Sprache des Gerichtes liest sich das so: „Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG sichert jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind.“

Zu diesem Grundrecht, welches das höchste Gericht zum ersten Mal feststellt, führt das Urteil weiter aus: „Es ist dem Grunde nach unverfügbar und muss eingelöst werden.“ Darüber, wie es eingelöst werden muss, gesteht das Gericht dem Staat einen Gestaltungsspielraum zu, der sich vor allem auf die Art der Leistung bezieht. Ob z. B. Sachleistungen oder Gutscheine gewährt werden.

Eine weitere wichtige Feststellung: Das Verfahren zur Berechnung der Regelleistung muss transparent und realitäts- und sachgerecht sein. Dafür hält das Gericht die Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (kurz EVS) für verfassungskonform. Verfassungswidrig ist aber die Ableitung der Regelleistung für Kinder aus der Regelleistung für Erwachsene, da Kinder keine kleinen Erwachsenen, sondern Menschen mit besonderem Bedarf sind, dem Rechnung getragen werden muss. Verfassungswidrig ist auch die Koppelung der Erhöhung der Regelleistung an den Rentenwert. Alles in Allem ist das Urteil eine schallende Ohrfeige für die, die das Gesetz in aller Eile und mit heißer Nadel gestrickt haben.

**Für unsere Gewerkschaftsarbeit ergeben sich aus dem Urteil mehrere Anknüpfungspunkte:**

1. Da das BVG nur die Berechnungsmethode, nicht jedoch die Höhe der Regelleistung verworfen hat, ist klar, dass die Festlegung des „soziokulturellen Existenzminimums“ eine politische Aufgabe ist. Hier hat die IG Metall ein- und anzugreifen. Zum einen kann das „soziokulturelle Existenzminimum“ auf Betriebsversammlungen thematisiert werden, vorzugsweise mit Hilfe von Betroffenen. Zum anderen können die erwerbslosen Mitglieder motiviert werden, mit Aktionen an die Öffentlichkeit treten. Dabei ist Unterstützung durch die beschäftigten Mitglieder unerlässlich.
2. Die uns nahe stehenden Abgeordneten aller Parlamente sollten einbezogen werden. Insbesondere ist der Informationsfluss zwischen der IG Metall, den Betroffenen und den Abgeordneten zu verstärken bzw. herzustellen und transparent zu gestalten. Abstimmungsverhalten gegen die Interessen der Betroffenen und der IG Metall sollte öffentlich angeprangert werden.
3. Die Debatte zum „soziokulturellen Existenzminimum“ ist eng mit der Mindestlohnkampagne zu verknüpfen. Insbesondere ist der enge Zusammenhang zwischen einem die Existenz sichernden Mindestlohn und dem Existenzminimum deutlich herauszuarbeiten. Die erwerbslosen Mitglieder sollten hier die Forderungen der Beschäftigten unterstützen.
4. Eng verbunden mit existenzsichernden Löhnen ist die Kampagne gegen Leiharbeit und prekäre Beschäftigung. Auch hier sollten erwerbslose und beschäftigte Mitglieder in gemeinsamen Aktionen die Forderungen der IG Metall offensiv auf allen politischen Ebenen vertreten.
5. Der Organisation fällt die Aufgabe zu, den Mitgliedern die gemeinsamen Handlungsfelder zu verdeutlichen und daraus entspringende Aktionen zu koordinieren und zu unterstützen.

*Werner Altmann, VS Freiburg*



*Interessenvertretung ist unerlässlich: Sowohl für die Beschäftigten wie auch für die Erwerbslosen*

## „Die Aussichten lassen nichts Gutes erahnen“

Gedanken von Rentnern, welche Zukunft die Jugend erwartet – und wie sie sich engagieren

**„Ich konnte gerade eben lesen und da entdeckte ich ein Kinoplakat zu dem Film: Weil Du arm bist, musst Du früher sterben! Ich fragte meine Mutter, Mama sind wir arm? Eine Antwort bekam ich damals nicht. Aber der Filmtitel war prägend für mein Leben.“**

Marianne Lutz, die diese Anekdote aus ihrer Kindheit erzählt, war inklusive Altersteilzeit 45 Jahre bei der Margarete Steiff GmbH in Giengen beschäftigt und seit 1975 Mitglied des Betriebsrates. 1980 wurde sie Betriebsratsvorsitzende und Mitglied des Ortsvorstandes der Gewerkschaft Textil und Bekleidung. Der Beirat wählte sie 1986 in den Vorstand. Nach dem Zusammenschluss war sie von 1988 bis zu ihrem Ausscheiden aus der Arbeit ehrenamtliches Vorstandsmitglied der IG Metall.

Bundespräsident Horst Köhler verlieh ihr für ihr soziales Engagement das Bundesverdienstkreuz. Heute leitet sie den Seniorenarbeitskreis der Verwaltungsstelle Heidenheim. Sie sitzt mit beratender Stimme im Ortsvorstand und ist Mitglied im Ausschuss für Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit beim Vorstand der IG Metall.



Marianne Lutz erhält das Bundesverdienstkreuz für ihr soziales Engagement

Umtriebig ist sie nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben noch immer. Neben ihrer Aktivität in der IG Metall nimmt Marianne Lutz auch am politischen Geschehen in ihrer Heimatgemeinde teil.

Besonders am Herzen liegt ihr die Jugend. So fragt sie sich, welche Chancen Jugendliche noch haben, wenn man sich die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt anschaut: Immer weniger Ausbildungsplätze. Nach der Ausbildung kaum Chancen auf unbefristete Anstellung. Immer mehr Leiharbeit. Viele Jugendliche bleiben nach der Ausbildung und das häufig über längere Zeit arbeitslos, beziehen Hartz IV und können allenfalls über so genannte Ein-Euro-Jobs aufstocken. All das wirkt sich auch auf die Sozialversicherung aus, der dadurch Einnahmen flöten gehen. Die Folgen sind Kürzung von Leistungen und Erhöhung von Beiträgen für Kranken-, Renten-, und Pflegeversicherung. Hiervon betroffen sind alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. „Und der Politik, die sie verursacht hat, fällt nichts besseres ein, als diejenigen, die unter diesen Entscheidungen zu leiden haben als die Schuldigen an der von ihr verursachten Misere hinzustellen. Die Zukunftsaussichten für unsere Jugendlichen, bis hin ins Alter, lassen da nichts Gutes erahnen.“

Wenn Marianne Lutz allerdings an ihre eigene Jugend zurückdenkt, kommt sie zu dem Schluss: „Auch ich habe in meiner Jugend nicht daran gedacht, wie es mit meiner Versorgung im Alter aussieht!“ Heute sagt sie: „Denke ich an die Jugend in der Nacht, dann bin ich um meinen Schlaf gebracht!“ Nicht weil sie meint, die Jugend habe kein Interesse, sich um ihre Belange gemeinsam mit anderen kümmern zu wollen, sondern wegen der Situation, in die sie von Wirtschaft und Politik gebracht wird. Das will Marianne Lutz so nicht hinnehmen. Deshalb wird es künftig auch gemeinsame Zusammenkünfte von Jugendausschuss und Seniorenarbeitskreis in der Verwaltungsstelle geben. Dabei sollen Jung und Alt ihre Erfahrungen austauschen und gemeinsam sollen Konzepte zur Verbesserung der sozialen Situation in Deutschland erarbeitet werden.

Rolf Nutzenberger, Ressort AGA



## Was sich Großeltern für ihre Enkel wünschen

***Nicht nur mit Blick auf ihre erwachsenen Kinder, auch mit Blick auf die jugendlichen Enkel zeigt sich das Rentnerhepaar Klaus und Ingeborg Stenzel vom permanenten Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen.***

Klaus, der gelernte Tischler, der ab 1960 Jugendsekretär der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) und von 1971 bis zur Rente GHK-Geschäftsführer in Hameln war, ist dort nach wie vor bei den GHK-Senioren aktiv und deren Sprecher. Ingeborg, die gelernte Industrienahterin, die unter anderem von 1980 bis 1994 im Schulungsheim des Beamtenheimstättenwerks (BHW) in Bad Münden arbeitete, engagierte sich dort dafür, dass Mehrarbeit korrekt abgerechnet wurde.

Heute gibt sie den acht Kindern ihrer ausländischen Nachbarn Nachhilfe. Sie ist sehr stolz darauf, dass sie ihnen so helfen kann. Klaus und Ingeborg Stenzel selbst leiden keine Not, für sie ist die wirtschaftliche Lage gut. Besorgt äußern sie sich aber über die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die gerade für die jungen Leute sehr unsicher sei, „egal wie gut die Qualifikation ist“. Ingeborg fügt hinzu. „Ich möchte heute nicht mehr arbeiten“.

Aktuell macht sich die Krise bei ihren Kindern bemerkbar. Alle drei sind selbstständig, arbeiten lange und hart, aber die Umsatzrückgänge spüren sie erheblich. Die Frage, was sie sich für ihre beiden Enkel wünschen, beantworten sie so: „Wir wünschen uns, dass sie nach dem Studium eine Perspektive haben, mit der sie ihren Lebensunterhalt gut bestreiten können. Aber im Moment ist überhaupt nichts absehbar, außer dass es mit Sicherheit nicht leichter wird.“

*Sabine Glawe, VS Alfeld-Hameln-Hildesheim*



*Großeltern machen sich Sorgen:  
Eine sichere Zukunft für die Enkel  
ist ungewiss*

## „Irgendwie macht mir das Angst“

Ein junger Erwerbsloser legt offen, wie er sich fühlt – und lobt die IG Metall

*Ein Haus, Frau, Kind, mal ein anderes als das jetzt zehn Jahre alte Auto, vielleicht eine Urlaubsreise, ein Mal im Jahr. „Ein ganz normales Leben eben“. So stellte sich Marvin Scholz seine Zukunft vor, als er mit einem guten Zeugnis der Realschule die Ausbildung zum Industriemechaniker bei WABCO in Gronau begann. Doch die Wirtschaftskrise machte ihm einen Strich durch die Rechnung.*

Nach der „wirklich tollen Ausbildung“ bekam der 21-Jährige nur einen Neun-Monats-Vertrag als Montagehelfer und gehörte zu zehn Kollegen, die wegen Auftragsrückgangs entlassen wurden. Seit Dezember 2009 steht er „auf der Straße“. Urlaub? „Ist nicht drin.“ Ein neues Auto? „Schon gar nicht. Es fällt mir ja schon manchmal schwer, überhaupt zu tanken.“ Als einziger Sohn fühlt er sich für seine Mutter verantwortlich. Der Vater ist 2007, im Alter von gerade 57, gestorben. Auch er hatte bei WABCO gearbeitet. Die 51-jährige Mutter stockt die Witwenrente durch einen 400-Euro-Job als Bedienung auf. „Ich will ihr unter die Arme greifen. Aber so kann ich es nicht.“ Mit ihr bewohnt Marvin das von den Großeltern gebaute kleine Reihenhaus. Es ist abbezahlt, aber es zu halten, fällt schwer. Demnächst muss die Mutter 800 Euro zum Straßenausbau an die Stadt zahlen. Mit dem ALG I (795 Euro) kommt Marvin Scholz kaum über den Monat. „Vorher habe ich noch 1.300 Euro netto verdient.“ Bewerbungen hat er auf den Weg geschickt, im Laden eines Bekannten einen Minijob angenommen. Nebenberuflich lässt er sich zum Finanzoptimierer ausbilden. Wie er sich fühlt? „Ich bin total unsicher, was die Zukunft bringt. Irgendwie hänge ich jetzt in der Luft. Guten Gewissens kann ich mir so keine Familie aufbauen oder die Verantwortung für ein Kind übernehmen.“

*Marvin Scholz  
im Gespräch mit  
Henry Kirch*



**Martin, was ist jetzt das Wichtigste für dich?**

„Ich brauche Arbeit. Damit steht und fällt doch alles. Ab Dezember würde ich ALG II bekommen. Dann wird es richtig eng. Dann müsste ich wahrscheinlich ausziehen, aber das kann ich meiner Mutter doch nicht antun.“

**Wie kommst du mit der Situation als Arbeitssuchender zurecht?**

„Ich versuche zwar, einiges zu tun, ich lese auch viel. Aber irgendwann ist da auch die letzte Seite gelesen. Ich will keine Langeweile schieben und womöglich immer bis mittags schlafen. Da verliert man doch seine Tagesstruktur. Ich weiß nicht, ob es der richtige Ausdruck ist, aber irgendwie macht mir das Angst.“

**Du bewirbst dich in deinem Beruf als Industriemechaniker. Hältst du an einem Traumberuf fest, oder bist du flexibel?**

„Ich beharre nicht auf einem Traumjob, ich tue alles, damit ich Arbeit bekomme. Denn eines habe ich mir auch geschworen: Ich will nicht in Hartz IV rutschen.“

**Du bist Mitglied der IG Metall. Hast du Dich während der Ausbildung und dann später, als sich abzeichnete, dass du Deine Arbeit verlieren wirst, gut betreut gefühlt?**

„Ich bin gleich kurz nach Beginn der Ausbildung in die IG Metall eingetreten. Nicht nur, weil ich mich hier gut vertreten fühle, sondern auch, weil ich selbst aktiv sein wollte. Ich habe einige Seminare besucht, war in der Jugendarbeit aktiv und habe für die Jugend- und Ausbildungsvertretung kandidiert. Unser Jugendbetreuer Mathias Neumann war klasse und der Betriebsrat hat sich immer mit uns zusammengesetzt und uns alles erklärt, zum Beispiel auch, was man alles bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses beachten muss. Auch gibt es regelmäßig Treffen für Arbeitssuchende wie mich. Ich wüsste nicht, was eine Gewerkschaft noch mehr für uns tun könnte. Bei der IG Metall weiß ich, die tut was. Das ist meine Gewerkschaft. Und ich würde mich auch an einer neuen Arbeitsstelle immer wieder für meine Kollegen engagieren.“

*Henry Kirch, Senioren-Sprecher  
Bezirk Niedersachsen/Sachsen-Anhalt*

## Vieles ist möglich, vieles hat sich bewährt

Arbeit für Erwerbslose und mit Erwerbslosen ist in der IG Metall breit entfaltet

*Erwerbslosenarbeit in der IG Metall hat viele Formen. Sie beginnt oft da, wo erwerbslos werdende Kolleginnen und Kollegen mit Hilfe des Netzwerks der örtlichen Verwaltungsstelle Informationen über freiwerdende Stellen erhalten. Die Verwaltungsstelle Duisburg-Dinslaken nennt ihre Aktivität auf diesem Feld sogar „Netzwerk für Arbeit“.*

Das funktioniert in Zeiten „normaler“ Konjunktur ganz gut, ist aber in der Krise weniger realisierbar. Hier wird dann vielmehr zum Hauptziel Entlassungen möglichst zu vermeiden, vor allem durch intensive Nutzung von Kurzarbeit. Lässt sich Erwerbslosigkeit nicht verhindern, dann gilt es, Termine und Fristen zu beachten. Dazu bietet die IG Metall sachkundige Beratung und spezielles Informationsmaterial. (Siehe dazu auch „Arbeitslose halten – Angebote ausbauen“). Übergänge werden in Form von Transfergesellschaften und Qualifizierungen für bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt organisiert.

In rund einem Drittel der IG Metall-Verwaltungsstellen gibt es entweder spezielle Arbeitskreise für Erwerbslose oder eine Form der Zusammenarbeit mit Kirchen, Sozialverbänden oder mit Arbeitslosenvereinen. Wichtig ist vor allem, dass gerade erwerbslos gewordenen Kolleginnen und Kollegen rasch aufgezeigt wird, wo die IG Metall ihnen ein Angebot macht, wo sie sich Informationen holen und auch persönliche Erfahrungen (etwa mit der Arbeitsagentur) austauschen können. Auch hier sind die Angebote der IG Metall breit gefächert: vom Arbeitslosenfrühstück bis zum Fachvortrag über die neuesten Regelungen zum Arbeitslosengeld.

Für die Koordinatoren dieser örtlichen Erwerbslosenarbeit ist es hilfreich, sich mit Aktiven aus anderen Verwaltungsstellen auszutauschen. Das geschieht teilweise in den zentralen Seminaren „Erwerbslose in der IG Metall“ oder „Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit Multiplikatoren“, im Bildungsprogramm der IG Metall. Die Erwerbslosengrup-



*Erwerbslose Metallerrinnen und Metaller besuchen die Wolfsburger Tafel*

pen aus Norddeutschland z. B. planen ein überregionales Treffen im Lauf des Jahres 2010.

Es gibt auch direkte Austausche. So besuchten z. B. im Herbst 2009 die Erwerbslosen der Verwaltungsstelle Bremen die Kolleginnen und Kollegen des Arbeitskreises „Arbeitslos, aber nicht wehrlos“ (ANW) der IG Metall in Wolfsburg. Diskutiert wurden u. a. Erfahrungen mit dem Sozialticket und die Zusammenarbeit mit der Wolfsburger Tafel.

Ein weiteres vertiefendes Angebot für Erwerbslose ist gezielte Beratung in sozialrechtlichen Fragen in den Büros der IG Metall. Diese erfolgt sowohl durch hauptamtliche Kolleginnen und Kollegen, aber auch durch besonders ausgebildete ehrenamtliche Beraterinnen und Berater. Auch für diese gibt es von der IG Metall organisierte Spezialseminare. Ein Beispiel, wie eine Verwaltungsstelle die Unterstützung durch Ehrenamtliche systematisch vorbereitet, schildert die 2. Bevollmächtigte der IG Metall Augsburg in diesem AGA-Report.

*Thomas Krischer, Ressort AGA*

## Überrascht, freundlich, dankbar

**Zwickau: AGA-Team kümmert sich erfolgreich um Erwerbslose**

*Gut 3.500 Mitglieder der Verwaltungsstelle Zwickau sind erwerbslos. Die Zwickauer AGA-Gruppe beschreibt, wie es ihr gelungen ist, diese Mitglieder erfolgreich zu betreuen und sie am gewerkschaftlichen Leben zu beteiligen.*

Wir waren schon länger unzufrieden mit den bisherigen Angeboten, weil sie zu wenig genutzt wurden. Allein Einladungen und schriftliche Kontakte reichten offensichtlich nicht aus. Anfang 2009 entwickelten wir neue Ideen. Wir wollten versuchen, die Kontakte auszubauen, indem wir die Mitglieder anrufen. Wie wir damit ankommen, war uns nicht klar. Wir rechneten durchaus mit Problemen. Zunächst haben wir die Inhalte für die Telefonate erarbeitet. Schwerpunkte waren Mitmach- und Informationsangebote: Angebote zur Beteiligung an Kampagnen wie z. B. betrieblichen oder 1. Mai-Aktionen, an ehrenamtlicher Mitarbeit vor Ort oder an Mitgliederversammlungen. Unsere Informationsangebote hatten die Leistungen der IG Metall oder z. B. Änderungen in gesetzlichen Regelungen wie SGB III und die neue ALG II-Verordnung zum Inhalt. Und dazu, wie sich die IG Metall für erwerbslose Mitglieder einsetzt. Dann haben wir die Telefonnummern ermittelt. Nachdem wir uns auch über Fragen des Datenschutzes kundig gemacht hatten, haben wir bei den Mitgliedern begonnen, die dort wohnen, wo unsere sechs Nebenstellen vor Ort Wohngebietsarbeit und Sprechstunden anbieten. Danach folgten weitere Regionen. Inzwischen läuft die dritte Welle der Telefonaktion. Bislang haben wir über 1.000 Mitglieder erreicht. Drei Mal haben wir mit dem Team, das 20 Telefonaktive zählt, Auswertungen vorgenommen. Die Ergebnisse haben wir dem Ortsvorstand und der Delegiertenversammlung berichtet.

*Zwickauer Telefonaktive:  
nur positive Resonanz*

Unsere Bedenken waren unbegründet. Die persönlichen Gespräche wurden gut angenommen. Überrascht, aber freundlich, aufgeschlossen und interessiert waren die Reaktionen. Nicht willkommen waren wir nur bei ganz Wenigen. So konnten wir viele politische Diskussionen führen. Aber auch persönliche Sorgen materieller und gesundheitlicher Art wollten die Kolleginnen und Kollegen loswerden. So dauerte manches Telefonat etwas länger. Eine positive Resonanz erfolgte auf eine Veranstaltung mit Jubilarehrung und zur Gewährung von Rechtsschutz. Auf ehrenamtliche Mitarbeit angesprochen reagierten Mitglieder ebenfalls interessiert. Wir haben sie bereits beim Wort genommen. Wie zum Beispiel Bernd Angerer. Der ehemalige BR-Vorsitzende übernahm für den Stadtteil Zwickau-Planitz einige Aufgaben. So telefonierte er mit Gewerkschaftern zur Vorbereitung einer Versammlung, die im April 2009 stattfand. 60 Prozent der Eingeladenen kamen – und bekundeten, sie würden wieder kommen. Bei weiteren Versammlungen im Herbst 2009 und Mai 2010 erhöhte sich die Beteiligung. Oder: Herbert Gonser aus Klingenthal telefonierte mit Schneeberger Kollegen und lud sie – durchaus erfolgreich – zur Maifeier in Aue ein, wo er die Kontakte vertiefte. Auch konnten wir Geburtstagsgratulanten für betagte Mitglieder werben.

Unser Telefonteam ist sich darin einig: Diese Form der Mitgliederbetreuung ist nicht nur erfolgreich, sondern macht auch Spaß! Alle wollen diese Arbeit fortsetzen – und empfehlen sie nachdrücklich weiter. Ganz überrascht reagierte übrigens ein Gesprächspartner, der aus München zu Gast war, mit dieser spontanen Aussage: „Wenn mich meine Gewerkschaft angerufen hätte, dann wäre ich weiter dabei und nicht ausgetreten.“

*Angelika Berner, VS Zwickau*



## „Ehrenamtliche Berater sind eine wichtige Stütze“

Ein Gespräch mit Christiane Santana, 2. Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Augsburg



Christiane de Santana bei einem Beratungsgespräch

**AGA-Report: Ihr habt in der Verwaltungsstelle einen Pool von ehrenamtlichen Beratern aufgebaut. Was waren die Gründe dafür?**

Christiane Santana: Wir hatten festgestellt, dass sich zunehmend Mitglieder mit dem Bedürfnis nach umfangreicher Beratung und zum Teil auch Begleitung an uns wenden. Diesem Bedürfnis können wir im Rahmen unserer Arbeits- und Sozialrechtsberatung zeitlich nicht gerecht werden. Diesen Mitgliedern wollen wir kompetente und lebenserfahrene Kolleginnen und Kollegen an die Seite geben.

**AGA-Report: Wen habt ihr für diese Tätigkeit angesprochen? Wie war die erste Resonanz?**

Christiane Santana: Zielgerichtet haben wir ehemalige Betriebsratsmitglieder und IG Metall- Funktionäre in der passiven Altersteilzeit sowie „JungrentnerInnen“ angesprochen. Sie haben viel Erfahrung und sind durchsetzungstark. Sie bringen eine hohe Motivation und große Bereitschaft mit.

**AGA-Report: Wie wurden die Kolleginnen und Kollegen für die Aufgaben qualifiziert?**

Christiane Santana: Wir haben uns in sechs Qualifizierungselementen mit den einzelnen Bereichen der Sozialversicherungen befasst. Weiterhin besuchen unsere Kollegen die entsprechenden Seminare für hauptamtliche Funktionäre. Zum Beginn des Praxiseinsatzes hospitieren sie in der Rechtsberatung der hauptamtlichen KollegInnen.

**AGA-Report: Ist das Bildungsangebot der IG Metall dafür ausreichend? Welche Art von Seminaren wäre aus deiner Sicht zusätzlich erforderlich?**

Christiane Santana: Für die Verwaltungsstelle wäre die Möglich-

keit, an den zentralen Seminaren zum Sozialrecht und zur Sozialpolitik kostenlos teilnehmen zu können, ein Schritt in die richtige Richtung. Hilfreich wären aus unserer Sicht auch Seminare zur Vermittlung von sozialen Kompetenzen für den Umgang mit den Ratsuchenden.

**AGA-Report: Was sind eure ersten Erfahrungen? Kannst du schon Beispiele aus der Beratungspraxis schildern?**

Christiane Santana: Nein, das können wir erst ab Herbst sagen, da die Kollegen sich derzeit in der Hospitation befinden.

**AGA-Report: Was würdest du Kolleginnen und Kollegen in anderen Verwaltungsstellen raten, die sich in einer ähnliche Situation befinden?**

Christiane Santana: Jede Verwaltungsstelle muss für sich passende Lösungen finden. Wir hoffen, dass wir für die Mitglieder der IG Metall Augsburg eine wirkungsvolle und kompetente zusätzliche Leistung anbieten können.

*Thomas Krischer, Ressort AGA*

## Arbeitslose Mitglieder halten, Angebote ausbauen!

### Das Mitgliederprojekt für Erwerbslose: Erkenntnisse und Schlussfolgerungen

**In den letzten fünf Jahren lässt sich ein Rückgang der Austritte feststellen. Dieser Erfolg ist der zunehmenden Halte- und Rückholarbeit der Verwaltungsstellen zu verdanken. Auch die vielfältigen Anstrengungen des Vorstandsressorts AGA in Verbindung mit dem Mitgliederprojekt „Arbeitslose halten – Angebote ausbauen“ trugen dazu bei.**

Im Folgenden einige wesentliche Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus einem aktuellen Statusbericht über dieses Projekt, das seit 2008 läuft:

Zwar sind wir mit der Reduzierung der Austritte erwerbsloser Mitglieder auf 6,3 Prozent von unserem Ziel 4,5 Prozent noch entfernt, aber wir sind auf dem richtigen Weg! Die Mehrheit der erwerbslosen Mitglieder ist 45 Jahre oder älter. Im Dezember 2009 waren mit rund 66.000 ein Drittel aller 224.000 erwerbslosen Mitglieder zwischen 57 und 65 Jahre. Die Spitzenwerte der Austritte liegen bei den Älteren mit dem Renteneintritt (gut 70 Prozent) und bei den Jüngeren (ca. 30 Prozent). Von den Älteren treten sogar mehr als die Hälfte der erwerbslosen Mitglieder eines Jahrgangs aus. Es ist mehr als eine Vermutung, dass diese Älteren in der Vergangenheit oft vernachlässigt wurden. Oft erfolgt der erste direkte Kontakt in Form der „Statusüberprüfung“ nach Erreichen des Rentenalters. Wenn sie Rentner werden, müssen sie 0,5 Prozent der Rente als Beitrag zahlen, nachdem

sie jahrelang an 1,53 Euro „gewöhnnt“ waren. Hier müssen wir ansetzen: spätestens an der Schwelle des Übergangs in die Rente, am besten aber schon früher. Immerhin gibt es inzwischen in jedem Bezirk mindestens eine Pilotverwaltungsstelle, die Erwerbslosenarbeit aufbauen oder vertiefen will.

#### Fazit

Erforderlich ist vor allem die Intensivierung und Ausweitung der Haltearbeit in den südlichen Bezirken, da hier bei Fortdauern der Krise eine stärkere Zunahme an erwerbslosen Mitgliedern zu erwarten ist. Sowohl in Baden-Württemberg als auch in Bayern gibt es bis jetzt nur wenige Verwaltungsstellen mit Erfahrung und Strukturen von Erwerbslosenarbeit. Deshalb wird es für Bayern in Kooperation des Ressorts AGA mit der Bezirksleitung im Sommer ein Seminar zur Qualifizierung von Ehrenamtlichen aus den Gruppen der Rentner/Renterinnen und Erwerbslosen geben. In enger Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen (KOS) wurden fünf Infobroschüren für verschiedene Phasen der Erwerbslosigkeit entwickelt. Zusätzlich wurden Handlungshilfen für Verwaltungsstellen zum Aus-/Aufbau von Angeboten erarbeitet. Dazu gehören: Voraussetzungen und Realisierungsschritte, Gute Beispiele, Starthilfe-Angebote. Das erste Paket umfasst „nur“ die Bausteine „Ansprache im Betrieb“ und „Schriftliche Informationen für Erwerbslose“.

#### Weiteres Vorgehen

In ein zweites Paket sollen auch Erkenntnisse aus Gesprächen mit den Verwaltungsstellen (VS) einfließen. In Planung ist u. a. ein Workshop, bei dem Bevollmächtigte/Hauptamtliche aus VS mit „vorbildlicher“ Erwerbslosenarbeit ihre Erfahrung anderen Hauptamtlichen vorstellen. Ein zweiter Schwerpunkt des Projekts ist auf die Mitglieder zwischen 17 und 35 Jahren gerichtet, für deren Ansprache eigene Materialien und Instrumente entwickelt werden. Hier gibt es auch Verzahnungsmöglichkeiten mit dem Kampagnenschwerpunkt „Generation Prekär“ und mit der Leiharbeits-Kampagne.

Thomas Krischer, Ressort AGA

*Gut aufgestellt mit den Infobroschüren zum Thema Arbeitslosigkeit*

## Wie Arbeitslosigkeit (auch) gemacht wird

### Das Beispiel Siemens in Erlangen/Mit Protest und Konzepten kämpfen Metaller für ihre Arbeitsplätze

**Arbeitslosigkeit entsteht auch in krisenfreien Jahren im alltäglichen Wirtschaftsgeschehen. Siemens ist ein Beispiel, wie so etwas erfolgt – und zugleich dafür, wie sich Beschäftigte mit ihrer IG Metall gegen drohende Erwerbslosigkeit wehren können.**



Beschäftigte von Siemens beim „Montagsspaziergang“

Für den Weg hin zu zweistelligen Renditen stehen Schlagworte wie Rationalisierung, Konzentration auf das Kerngeschäft, Outsourcing (Verkauf von Werken) und Verlagerung von Produktion in Billiglohnländer. Am Ende steht meist Personallabbau und der bedeutet für viele Arbeitnehmer Erwerbslosigkeit.

Die Geschäftsberichte der Siemens AG weisen mit 128.000 Mitarbeitern in Deutschland für 2009 im Vergleich zu 2006 (161.100) immerhin einen Rückgang um 33.100 auf. Und das bei Gewinnen nach Steuern in diesen Jahren zwischen 2,4 Mrd. und 5,8 Mrd. Euro! Auf der Hauptversammlung im Januar kündigte der Vorstand den Abbau von weiteren 2.000 Arbeitsplätzen an, davon allein in Bad Neustadt 840 und in Erlangen 300. Die IGM-Verwaltungsstelle Erlangen, in deren Bereich über 23.000 Siemensianer arbeiten, wollte dies nicht hinnehmen. Besonders dramatisch war die Absicht, die Audiologische Technik (SAT), die Electronic Design Manufacturing (EDM) sowie die Siemens IT Solutions and Services (SIS) zu verkaufen. Von dem Verkauf wären allein in Erlangen 1.540, bundesweit fast 10.000 Beschäftigte betroffen. Die

begründete Befürchtung: BenQ lässt grüßen! Die EDM'ler treffen sich seit Dezember jeden Freitag und waren bereits zum Protestbesuch bei der Aufsichtsratssitzung und der Hauptversammlung mit der gesamten Mannschaft in München. Die SIS'ler demonstrieren seit 1. Februar jede Woche mit einem „Montagsspaziergang“ um den „Himbeerpalast“ (Zweitsitz des Vorstands) herum. Daran beteiligen sich jeweils zwischen 120 und 260 der knapp 700 Beschäftigten.

„Vor 1,5 Jahren konnten wir eine Vereinbarung mit Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen erzielen, die bis Oktober 2010 gültig ist. Die Parole der IGM-Kolleginnen und IGM-Kollegen damals wie heute: „Wir sind Siemens!“ Mit ihrer Gegenwehr haben sie auch erste Erfolge erzielt. Die SAT wird vorerst nicht verkauft und für die Weltmarktsitzenposition gestärkt. Sowohl in die technische Weiterentwicklung der Siemens-Hörgeräte wie auch in neue Vertriebswege wird ein hoher Millionenbetrag investiert. Mit dieser Kehrtwende der Siemens AG um 180 Grad konnten Beschäftigte und IG Metall einen vollen Erfolg feiern. Teilweise erfolgreich, insgesamt aber schwieriger bleibt die Lage bei der EDM. Die Ausgliederung aus der AG konnte von April auf Herbst hinausgezögert werden und zugleich stehen die Chancen für den Verbleib als 100prozentige Siemens-Tochter in der AG nicht schlecht. Unter anderem durch starkes Engagement einer Gruppe EDM-Beschäftigter wurde eine Argumentation für den Verbleib erarbeitet, die dem Management vorgestellt wurde. Im Frühsommer verhandelt eine Projektgruppe des Siemens-GBR mit Unterstützung der IG Metall über eine dauerhafte Existenz der EDM bei Siemens mit Sicherung der Arbeitsplätze. Ähnlich ist die Lage für knapp 800 Beschäftigte der SIS, die ebenfalls eine Tochter der Siemens AG werden soll, um letztlich ganz oder teilweise verkauft zu werden. Gleichzeitig sollen 25 Prozent der bundesweit 8.000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Mitte Mai haben die Verhandlungen über die SIS-Zukunft begonnen.

Und übrigens: Seit mehr als 10 Jahren hat die Verwaltungsstelle Mitgliederzuwachs und 2009 konnte sie die höchste Zahl an Neueintritten in ihrer Geschichte verzeichnen.“

*Wolfgang Niclas, VS Erlangen*

## Ein Jubiläum: Der 50. Senioren-Report

Berlin: Unzufriedenheit führte vor zehn Jahren zu einer Idee, die nach wie vor Früchte trägt



Der „Seniorenreport“ (Berlin) und das „Seniorenecho“ (Hamburg) informieren über Angebote in der Verwaltungsstelle

**Seit zehn Jahren geben die Berliner IG Metall-Senioren ihren Senioren-Report heraus. Der Senioren-Report erscheint fünf Mal im Jahr mit einem Umfang von zehn Seiten.**

Fritz Klinke, der Macher der Publikation, berichtet, er habe den damaligen Gewerkschaftssekretär Wolfgang Berger über unzufriedene IG Metall-Senioren informiert, die sich darüber beklagten, kaum einen Bezug zur IG Metall zu haben. So wussten sie beispielsweise nichts über die Existenz des Seniorenarbeitskreises der Verwaltungsstelle und dessen Aktivitäten. Deshalb machte er den Vorschlag, über ein Informationsblatt nachzudenken, das in zeitlichem Zusammenhang mit den Mitgliederversammlungen herausgegeben werden könnte. Damit war die Idee des Senioren-Report geboren. Als der Entwurf vorlag, ging alles sehr schnell. Die erste Ausgabe erschien im Jahr 2001. Seit

damals wurde an der Gestaltung nicht viel verändert. Die Themen werden mit der Leitung des Seniorenarbeitskreises abgesprochen. Berichtet wird über die Arbeit der Verwaltungsstelle, die Angebote des Arbeitskreises, die durchgeführten Aktivitäten. Aktuelle politische Themen, insbesondere die Sozialpolitik, kommen auch nicht zu kurz.

Fritz Klinke wird von mehreren Autoren unterstützt. Die Endredaktion ist dann seine Fleißarbeit. Die Auflage beträgt 300 Stück und wird auch über die Grenzen der Verwaltungsstelle Berlin hinaus verteilt.

Inspiriert durch den Berliner Senioren-Report Berlin wurde in Hamburg ebenfalls eine Publikation, das „Seniorenecho“ entwickelt. Dazu leistete Fritz Klinke Starthilfe.

*Rolf Nutzenberger, Ressort AGA*



## Die Alten machen Medien

Hannover/Hamburg/Bremen: Auf eine im DGB bisher einmalige Weise arbeiten Senioren zusammen

**„Die Alten machen Medien“: Zu diesem Thema trafen sich im Frühjahr zum vierten Mal Senioren und Seniorinnen verschiedener DGB-Gewerkschaften aus Bremen, Hannover und Hamburg im Haus der Bremer Arbeitnehmerkammer in Bad Zwischenahn.**

Die Teilnehmer des 5-Tage-Seminars arbeiten an unterschiedlichen Projekten: Hannover betreibt ein politisches Gewerkschaftsmagazin namens SENF. SENF steht für SENioren beim (Internet-)Radio Flora. Die Bremer Kolleginnen und Kollegen schreiben für die (gewerkschaftsübergreifende) Zeitschrift WIR für die Bereiche Bremen und Bremerhaven. Und die Hamburger machen ihre Zeitung, das SENIOREN-ECHO, für die Kolleginnen und Kollegen der IG Metall. Dieses Mal ging es vornehmlich darum, wie sich

die Gewerkschaften – auch und besonders – in den eigenen Medien darstellen. Was unterscheidet uns von anderen Medien? Sprechen wir die Kollegen an? Welche Themen werden bevorzugt? Praktische Übungen wie z. B. die Führung eines Interviews oder Informationen über rechtliche Voraussetzungen der Öffentlichkeitsarbeit sind wichtige Elemente eines solchen Seminars.

Die Arbeit der Redakteure aller drei Gremien hat gleiche journalistische und gewerkschaftliche Grundsätze, deshalb ist ein Erfahrungsaustausch sinnvoll und gemeinsames Lernen mit- und voneinander zweckmäßig. Innerhalb der deutschen Gewerkschaftsarbeit ist die Zusammenarbeit in diesem Bereich bisher einmalig.

*Krista Deppe, VS Hamburg*



Beim Arbeitstreffen in Bad Zwischenahn: Die Medienmacher

## Seniorenarbeit beginnt schon vor der Rente

Wie es gelingt, ältere Metaller nach der Erwerbsarbeit „bei der Stange zu halten“

**Die Betreuung der Rentnerinnen und Rentner ist den Verwaltungsstellen ein echtes Anliegen. Das zeigt schon allein die Tatsache, dass die Zahl der Seniorenarbeitskreise größer ist als die Anzahl der Verwaltungsstellen. Seniorenarbeit ist somit wichtige Mitgliederarbeit.**

Rentnerinnen und Rentner treffen sich bei Veranstaltungen mit überwiegend sozialpolitischen Themen, nehmen an gemeinsamen Aktionen, Demonstrationen und Kundgebungen teil und unterstützen Mitgliederaktivitäten der Verwaltungsstellen. An vielen Orten gibt es auch Zusammenarbeit mit Rentnern aus anderen Gewerkschaften unter dem Dach des DGB. Forderungen der älteren Generation zum Thema Wohnen, Mobilität und Gesundheitswesen werden aktiv formuliert, die kommunalen und regionalen Seniorenbeiräte werden als Plattform zur Verbreitung genutzt.

Statistische Auswertungen zeigen, dass Rentnerinnen und Rentner die treueste Mitgliedergruppe sind und bleiben. Voraussetzung dafür, dass wir sie halten, ist allerdings, dass die Hürde beim Übergang zum „Rentnerstatus“ gut genommen wird. Deshalb ist es sehr wichtig, dass die oft vielseitigen Angebote für Senioren diesen rechtzeitig und in geeigneter Form mitgeteilt werden. Ganz besonders gilt das, wenn der Übergang aus dem Erwerbsleben in die Lebensphase danach als Altersteilzeit gestaltet wird.

Viele Verwaltungsstellen haben die Form von Infomappen gewählt, die neben der Satzung und Infomaterialien auch einen Hinweis auf mögliche Mitarbeit bei außerbetrieblichen Aktivitäten enthalten – und selbstverständlich das Änderungsformular für die Mitgliederverwaltung. Werden diese Mappen persönlich überreicht, ist der Erfolg besonders wirkungsvoll.

Ein positives Beispiel der direkten Mitgliederansprache hat die Verwaltungsstelle Siegen entwickelt. Hier werden alle Mitglieder beim Eintritt in Altersteilzeit oder Rente angeschrieben und zu einer der regionalen Versammlungen eingeladen, die einmal im Jahr stattfinden. Diese persönliche Einladung erhalten alle dann auch weiter jährlich. Bei diesem „Seniorenfrühstück“ gibt es für die Altersgruppe besonders interessante Informationen. Um die Portokosten zu minimieren, werden die Briefe als Infopost versandt. Das Interesse an diesen Veranstaltungen ist riesengroß. Rund 1.200 Kolleginnen und Kollegen (mehr als 20 Prozent) nehmen daran teil.

Durch die Aufteilung in regionale Veranstaltungen wird für die Teilnehmenden die Anreise erleichtert und man findet noch Säle mit der erforderlichen Größe, da alle 5.500 Rentnerinnen und Rentner, die im Bereich der Verwaltungsstelle zur IG Metall gehören, zusammen genommen in keiner Halle Platz finden würden.

*Thomas Krischer, Ressort AGA*



Die VS Siegen lädt jährlich zum Seniorenfrühstück



In der VS Düsseldorf-Neuss gibt es jährlich ein Rentnerfest

## Ü18 – Senioren auf Berufsschultour

Cottbus: Ältere Gewerkschafter kommen bei Jugendlichen gut an



*Jung und alt informieren gemeinsam bei der traditionellen Berufsschultour in Cottbus*

**Wieder mal haben sie „ein kleines Stück Generationenvertrag geschrieben“ und das werden sie auch weiter tun. Neben ehrenamtlichen Teamern der Gewerkschaftsjugend beteiligten sich auch Gewerkschaftssenioren an der schon traditionellen „kleinen Berufsschultour“ in Cottbus. Jürgen Arnold berichtet.**

Wie in jedem Jahr fand im April 2010 wieder die kleine Berufsschultour statt. Am Oberstufenzentrum Forst gingen ehrenamtliche Teamer der DGB-Jugend Berlin in die Klassen der Industriemechaniker, Kfz-Mechatroniker und Umwelttechniker.

In mehreren Unterrichtseinheiten informierten sie die Auszubildenden über ihre Rechte und Pflichten in der Ausbildung, über die Ziele der Gewerkschaften und über Aufgaben der Betriebsräte im Interesse der Auszubildenden. Auf dem Parkplatz installierte derweil das Hofteam, das in die-

sem Jahr aus Ernst Erben und Jürgen Arnold bestand, Infostände. Bei einer Tasse Kaffee konnten die Auszubildenden ihre Probleme wie z. B. ausbildungsfremde Tätigkeiten, vom Chef manipulierte Berichtsbögen, Überstunden oder nicht gezahlte Fahrtkosten, mit uns diskutieren. Viele waren erstaunt über ihre Rechte, die sie als Mitglied einfordern könnten. Einige Auszubildende ließen sich Beitrittserklärungen geben und überlegen sich, in die IG Metall einzutreten. In anderen Jahren hatten wir schon direkte Neuaufnahmen vor Ort zu verzeichnen.

Wir beantworteten geduldig die Fragen der Auszubildenden und gingen auch in die eine oder andere Unterrichtseinheit und berichteten über ihre Erfahrungen als ehrenamtliche Betriebsräte. Uns Senioren machte es Spaß mit den Jugendlichen zu diskutieren, und wir kommen bei ihnen auch gut an.

*Ernst Erben, Jürgen Arnold, VS Cottbus*

## Seniorentreff und Jugendzentrum

Bad Kreuznach: Metaller Werner Gräff baut mit an der sozialen Stadt

**Werner Gräff ist 75 Jahre alt und mit viel Elan im Einsatz für seine IG Metall. Als Mitglied des Bad Kreuznacher Seniorenausschusses vertritt er die IG Metall und den DGB im Seniorenbeirat seiner Heimatstadt.**

Werner Gräff berichtet: „Seit 2001 gibt es schon die Forderung für einen Seniorentreff in Bad Kreuznach. Bisher scheiterte die Errichtung an fehlenden Geldmitteln. Mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II hat in diesem Jahr die Sanierung der Thress-Mühle begonnen, die im November abgeschlossen sein soll. In der Mühle befindet sich auch das Jugendzentrum“. Das Haus wird dann über Seminar- und Versammlungsräume sowie über eine Küche und Räumlichkeiten, die für Beratung genutzt werden können, verfügen. Die IG Metall wird sich an den Programmen des Seniorenhauses beteiligen und eigene Beiträge leisten.

Werner Gräff weiß: „Nur die gute Zusammenarbeit von Seniorenbeirat, den ortsansässigen Seniorenverbänden und den Gewerkschaften mit der Stadt Bad Kreuznach hat zu diesem Erfolg geführt. Jetzt gilt es, das Haus mit Leben zu füllen und auch die Möglichkeit zu nutzen, über das Jugendzentrum zum Dialog der Generationen zu kommen.“

*Rolf Nutzenberger,  
Ressort AGA*

*Werner Gräff vor der Thress-Mühle in Bad Kreuznach, die zu einem Treffpunkt für Senioren und Jugendliche umgebaut wird*





Die Erlanger Gesanggruppe „Reif und Rüstig“ eröffnet die Ausstellung „20 Jahre Mauerfall“

## Eine West-Ost-Partnerschaft, die trägt

IGM-Senioren aus Erlangen und Jena gestalten Ausstellung „20 Jahre Mauerfall“

***Mit einer eigenen Ausstellung über die Gewerkschafter-Partnerschaft beteiligten sich die IG Metall-Senioren aus beiden Städten an der gemeinsamen Feier der Partnerstädte Erlangen und Jena am 3. Oktober in Probstzella.***

Unter dem Thema „20 Jahre Mauerfall“ zeigten wir eine Darstellung „über unsere 20-jährige Partnerschaft“. Diese Idee war von den Ortsvorständen und den Oberbürgermeistern beider Städte ausführlich diskutiert worden. Die Initiative wurde begrüßt und mit finanziellen Mitteln ausgestattet. Eine intensive Sammlung an Dokumenten und Bildern beiderseits ergaben eine weite Auswahl von Stoff. Auf mehreren gemeinsamen Arbeitstagen in Erlangen und Jena haben wir das Material gesichtet und zusammengestellt.

Das Ergebnis waren vier sehr übersichtliche und gut zu verstehende Tafeln mit diesen Themenblöcken: Geteiltes Deutschland. Aus der Trennung wurden Brücken. Die Rahmenvereinbarung. Gelebte Begegnungen.

Die Eröffnung wurde von der Erlanger Gesanggruppe „Reif und Rüstig“ eingerahmt. Viele Besucher, darunter der bayerische Innenminister Herrmann, die Oberbürgermeister von Erlangen und Jena sowie der Bürgermeister von Probstzella schauten sich unsere Tafeln mit Interesse an und informierten sich über die Situation der Partnerschaft der IGM-Senioren. Zudem wurde unsere Ausstellung wenig später auch im Foyer des Erlanger Rathauses gezeigt.

*Peter Römer, VS Erlangen*

## Am Bahnhof, auf der Straße

Hamburg: Wohnbereichsgruppe Altona klärt Bürger über Gesundheitspolitik auf



Erfolgreiche Unterschriften-Aktion in Hamburg Altona: „Kopfpauschale stoppen“

**„Finden Sie es richtig, wenn Sie genauso viel Krankenversicherungsbeitrag bezahlen wie der Direktor Ihrer Bank?“ – „Weißt Du, was es für dich bedeuten wird, wenn die Rösler-Pläne Wirklichkeit werden?“**

Krista Deppe berichtet: Diese und ähnliche Frage stellten wir den Passanten im April einen Freitag lang in der Einkaufsstraße am Bahnhof in Hamburg-Altona. Wir wissen, welche gravierenden Folgen diese „Reform“ für uns Arbeitnehmer und Rentner haben würde: Durch die Vernichtung des Solidaritätsprinzips wird die medizinische Versorgung dann nur noch vom Geldbeutel abhängen. Die Umsetzung der Pläne bedeutet, dass die „Reform“ nur auf dem Rücken der Patienten, der Geringverdienenden und der sozial Benachteiligten ausgetragen wird. Den angekündigten

Steuerausgleich müssten Millionen Menschen in Anspruch nehmen, was angesichts leerer Staatskassen nicht finanzierbar sein wird.

Aber was wissen die „ganz normalen Leute“ auf der Straße? Wie weit sind sie informiert? Die Resonanz ist sehr unterschiedlich: Von erschreckender Unwissenheit und Ignoranz bis zu Äußerungen wie „Viel Erfolg!“ und „Gut, dass ihr das macht!“ reicht die Palette, wenn wir versuchen, die Bürger aufzuklären. Wir zeigen ihnen Alternativen auf, wie z. B. die von den Gewerkschaften geforderte Bürgerversicherung, in die auch Beamte, Politiker und Selbstständige einbezogen sind. Und wir bekommen ganz viele Unterschriften auf unsere Listen mit dem Slogan „Kopfpauschale stoppen!“

*Krista Deppe, VS Hamburg*

## „Bewegung ist das Tor zum Lernen“

IGM-Senioren arbeiten mit Landessportbund zusammen/Wochenseminare immer beliebter

*Aus der Kooperation der IG Metall mit dem Bildungswerk des Landessportbundes NRW e. V. entstand in den 90er-Jahren ein völlig neues Seminarkonzept.*

Es ist gesichertes Erkenntnis, dass Lernen, verknüpft mit der persönlichen Lebenserfahrung der Teilnehmenden, in der Seminararbeit nur Erfolg haben kann, wenn der ganze Mensch einbezogen wird. Der Leitspruch: „Mit Herz, Kopf und Hand“ wurde erweitert und zwar durch: „Bewegung ist das Tor zum Lernen.“ Lutz Pohlig, Mitglied im Vorstand des AK-Senioren der IG Metall Duisburg-Dinslaken erklärt begeistert: „Dieses Konzept der Weiterbildung ist erstklassig und schlüssig, zumal unsere Frauen mit eingeladen sind. Hier ist der Anspruch von Bildung und Urlaub vorbildlich umgesetzt“. Durch die Anerkennung der Seminare nach dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz (AWbG) ist der Zuspruch von Kollegen und Kolleginnen, die kurz vor Ende des Berufslebens stehen oder schon Altersteilzeit vereinbart haben, erheblich angestiegen. Aus anfänglich vielfältigen Themen wie z. B. „Sozialplan – was nun?“ oder „Neue Wohnformen im Alter“ bildeten sich in den letzten zehn Jahren drei Schwerpunkte heraus:

- **Kreativ im Alter:** Neben der Anregung zur Biografiearbeit werden Kreativmethoden unter Berücksichtigung der Erfahrungsfelder der Senioren angewandt und ganz persönliche oder gemeinsame Zukunftsperspektiven insbesondere zur Gesunderhaltung entwickelt.

- **Älterwerden in unserer Gesellschaft – Alter und Gesellschaft im Wandel:** Das Seminar geht der Frage nach, welche Bedeutung ältere Arbeitnehmer nach ihrem Berufsleben noch in unserer Gesellschaft haben. Die Themen richten sich an aktuellen Problemen aus und werden mit modernen Methoden aufgearbeitet. Und es werden Schlussfolgerungen für zukunftsorientierte gewerkschaftliche Arbeit erörtert.
- **Gesunde Ernährung – nicht nur im Alter:** Hier werden traditionelle und gewohnte Ernährungsweisen im Gegensatz zu industriell gefertigter Ernährung zum Thema gemacht. Ebenso wird der Einsatz der E-Nummern bei der Lebensmittelherstellung hinterfragt und ihre Notwendigkeit in der Ernährung. Des Weiteren werden Grundkenntnisse der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge der Gentechnologie vermittelt.

Alle Seminare werden von einer Gesundheitssportlehrerin des Stadtsportbundes Duisburg begleitet. Durch geeignete Bewegungsübungen, die mit dem theoretischen Teil verzahnt werden, wird unter Berücksichtigung der körperlichen Kräfte der Teilnehmenden nachhaltiges Handeln gefördert. Außerdem bietet die Ortsverwaltung der IG Metall jedes Jahr 20 Tagesseminare für Seniorinnen und Senioren an.

*Willi Grohnert, VS Duisburg-Dinslaken*

*Kreativ und gesund im Alter:  
Die Seminare werden sehr  
gut angenommen*



## Wohnen im Alter – aber wie?

Darmstadt: Die Bau- und Wohngemeinschaft Wohnsinn e. G. ist ein gutes Beispiel



Christoph Jetter mit seiner Partnerin Hanni mit Blick auf die Wohnanlage in Darmstadt Kranichstein

**Wohnen im Alter – aber wie? Diese Frage stellen sich viele Kolleginnen und Kollegen. Allein oder mit Partner, bei den Kindern, oder doch im Alten- oder Pflegeheim? Mit der Klärung sollte man nicht erst beginnen, wenn man den Rentenbescheid in der Hand hat. Denn dann kann es schon zu spät sein!**

Das ist eine Erkenntnis, die der IG Metalller Christoph Jetter gerne auch anderen weitergeben will. Denn bevor er mit seiner Partnerin und vielen Familien in das fertige Wohnprojekt im Darmstädter Stadtteil Kranichstein einziehen konnte, lagen mehr als zehn Jahre intensiver Arbeit mit Höhen und Tiefen dazwischen. So lange hat es gedauert, bis aus einer Initiativgruppe und dem Förderverein „Gemeinsames Wohnen Jung und Alt e. V.“ schließlich eine Genossenschaft mit dem Namen „Bau und Wohngemeinschaft Wohnsinn e. G.“ wurde. Gebraucht wurde viel politisches Verhandlungsgeschick und Stehvermögen. Gemeinsames Ziel von Anfang an war ein Wohnprojekt, bei dem

Junge und Alte, Behinderte, Alleinerziehende, Familien aus verschiedenen sozialen Schichten zusammenleben sollten. So wurde ein Teil der Wohnungen mit öffentlichen Mitteln als kommunale Sozialwohnungen gefördert.

Realisiert wurden die insgesamt 70 Wohneinheiten in Form einer Genossenschaft. Diese ist Eignerin der Wohnanlage in Darmstadt Kranichstein. Die „Genossinnen“ und „Genossen“, die alle einen Geschäftsanteil erwerben müssen, haben dafür ein „Dauerwohnrecht“. Mit der Wohnanlage wurden gleichzeitig auch ökologische Kriterien realisiert. Die Häuser sind in Passivhaustechnik gebaut und auf den Flachdächern sind Solaranlagen installiert. In dem Komplex gibt es Gemeinschaftsräume für Veranstaltungen und Familienfeiern. Barrierefreier Zugang zu allen Räumen ist durch Fahrstuhl und Korridore gewährleistet. Mehr dazu ist im Internet auf der Homepage des Vereins „Wohnsinn e. V.“ zu finden unter [www.wohnsinn-darmstadt.de](http://www.wohnsinn-darmstadt.de).

Thomas Krischer, Ressort AGA



## Nur drei Rentner waren Delegierte

„Die AGA muss auf dem Gewerkschaftstag 2011 stärker vertreten sein“

**Wie zeigt sich AGA-Arbeit auf dem Gewerkschaftstag? Welche Wertschätzung erfährt die AGA-Arbeit dort? Der Rentner Lutz Pohlig aus Duisburg, der 2007 ordentlicher Delegierter war, schildert seine Erfahrungen in Form eines offenen Briefes an den AGA-Report und zieht darin auch Schlussfolgerungen für 2011.**

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

auf dem Gewerkschaftstag 2007 der IG Metall in Leipzig war ich unter allen ordentlichen Delegierten aus dem Bezirk NRW der einzige Rentner. Dieser Bezirk ist von allen sieben Bezirken der IG Metall mit insgesamt 43 Verwaltungsstellen der mitgliederstärkste Bezirk. Meine Verwaltungsstelle Duisburg hatte als einzige Verwaltungsstelle in NRW ein ordentliches Mandat an einen Rentner vergeben. Insgesamt waren auf diesem Gewerkschaftstag nur drei Rentner ordentliche Delegierte. Ich fand diese Tatsache beschämend. Schließlich sind in der außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit der IG Metall mehr als 520.000 Rentnerinnen und Rentner von insgesamt rund 2,3 Millionen Mitgliedern zusammengefasst.



Lutz Pohlig mahnt zu mehr Engagement

Aus dem Bereich der Außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit waren zum Gewerkschaftstag 2007 fast 50 Anträge gestellt worden. Die Antragsberatungskommission nahm in ihren Empfehlungen alle diese Anträge in die Entschlüsseungen 1, 4 und 6 auf. Über diese Entschlüsseungen gab es auf dem Gewerkschaftstag keine wesentlichen Diskussionen.

Welche Konsequenzen sind aus dieser Erfahrung zu ziehen? Ich finde es persönlich für unsere Gewerkschaftsarbeit nicht gut, wenn die AGA, gemessen an ihrer Mitgliederzahl und ihrer tatsächlichen Bedeutung, auf einem Gewerkschaftstag so unterrepräsentiert und damit schlecht vertreten ist. Es muss möglich sein, dass für den Gewerkschaftstag 2011 in Karlsruhe in allen sieben Bezirken der IG Metall mehr Vertreter der AGA als 2007 zu Delegierten gewählt werden. Arbeitslose und Rentner machen knapp 30 Prozent der Mitgliedschaft der IG Metall aus. Deshalb müssen sie unter den Delegierten des Gewerkschaftstages 2011 wenn auch nicht anteilmäßig, so doch in angemessener Zahl vertreten sein, um die Anliegen ihrer praktischen Arbeit in der IG Metall vertreten zu können.

**Daraus folgt:**

- Ausgehend von den örtlichen AGA- Arbeitskreisen müssen wir in unseren Verwaltungsstellen für ordentliche Delegiertenmandate für Vertreter der Senioren und der Erwerbslosen werben.
- In den bezirklichen AGA- Arbeitskreisen müssen wir dafür werben, dass es einen Verteilerschlüssel für ordentliche Delegierte zum Gewerkschaftstag 2011 gibt, in dem auch Vertreter der Senioren und der Erwerbslosen berücksichtigt werden.

Im Ergebnis muss die Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit auf dem Gewerkschaftstag 2011 der IG Metall stärker vertreten sein als 2007! Und auf jeden Fall auch wieder mit einem Infostand „Ehrenamtliche Mitgliederarbeit“, denn dieser war 2007 auf ein starkes positives und interessiertes Echo gestoßen.

## Sozialwahl 2011 vorbereiten!

*Kaum einer kennt sie. Dabei geht sie fast jeden etwas an. Bei der Sozialwahl werden alle sechs Jahre die Selbstverwaltungsgremien der Sozialversicherungsträger bestimmt. Sie sind die höchsten Entscheidungsorgane. Die nächste Sozialwahl findet am 1. Juni 2011 statt.*

In den Selbstverwaltungsgremien der Renten-, Kranken- und Unfallversicherung haben Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ein Wörtchen mitzureden. Die Selbstverwalter entscheiden, wofür das Geld der Versicherten ausgegeben wird, wie die Leistungen für Gesundheit oder bei Unfällen aussehen oder ob eine Kasse mit einer anderen fusioniert. Selbstverwalter setzen aber nicht nur gesetzliche Vorgaben um. Sie mischen sich auch in politische Debatten ein, z. B. zur Kopfpauschale oder Rente.

Die Gremien setzen sich jeweils zur Hälfte aus Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten



zusammen. Auf der Seite der Versicherten dürfen Gewerkschaften wie IG Metall, Verdi oder der DGB Kandidaten vorschlagen, ebenso wie andere Arbeitnehmervereinigungen.

Wir wollen für eine hohe Wahlbeteiligung sorgen und unsere Kandidatinnen und Kandidaten unterstützen. Alle AGA-Aktivisten sind aufgefordert, bei der Wahlaktivierung im April/Mai 2011 mitzuwirken.

Mehr Informationen im Internet unter:  
[www.igmetall.de/Sozialwahl-2011](http://www.igmetall.de/Sozialwahl-2011)

## Geplante Seminare des Ressorts Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit für 2011

### Ehrenamtliche Mitgliederarbeit

Werner-Bock-Schule, Beverungen

WX 10211, 09.01. – 12.01.2011

WX 14311, 23.10. – 26.10.2011

WX 14811, 27.11. – 30.11.2011

### Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit – Multiplikatoren

Werner-Bock-Schule, Beverungen

WX 01511, 10.04. – 15.04.2011

### Erwerbslose in der IG Metall

Werner-Bock-Schule, Beverungen

WX 12211, 29.05. – 01.06.2011

### Seminare für die Sozialberatung

Bei Drucklegung standen Veranstaltungsorte und Termine der Sozialberaterseminare des Ressorts „Aus- und Weiterbildung für Hauptamtliche (HAW) noch nicht fest.

### Bitte beachten:

Obige Termine sind Planungstermine und können erst unter der Voraussetzung der Budgetbewilligung (Herbst 2010) realisiert werden. Im zentralen Bildungsprogramm 2011 der IG Metall sowie im Programm „Aus- und Weiterbildung für Hauptamtliche“ findet man die entsprechenden Seminarbeschreibungen und Nummern. Da die Seminare des Ressorts „Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit“ vor allem Projekte in Verwaltungsstellen unterstützen sollen, kann eine verbindliche Anmeldung erst nach Rücksprache mit dem Ressort erfolgen.



## ■ Nach der Sommerpause steht die Überprüfung der „Rente mit 67“ an:

**Mittwoch, 27. Oktober 2010:**

Öffentliche Protestaktion vor dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales BMAS (Berlin Stadtmitte)

**Mittwoch, 27. Oktober 2010:**

Alternative Anhörung der IG Metall in der Jerusalemkirche (Berlin Kreuzberg)

## ■ Bundesweite Proteste und Aktionen gegen das unsoziale Sparpaket in allen Bezirken der IG Metall:

**Samstag, 13. November 2010:**

Dezentraler Aktionstag

**Beschäftigte, Erwerbslose, Senioren und Jugendliche gemeinsam!  
Macht mit – mit Macht!**

**Herausgeber:**

IG Metall-Vorstand

**Verantwortlich:**

FB Sozialpolitik, Christoph Ehlscheid

**Redaktion:**

W. Altmann, A. Berner, L. Chochola, H. Jewski, S. Paetzold, L. Pohlig, P. Schwertfeger

Rolf Nutzenberger, Thomas Krischer

Ressort Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit, FB Sozialpolitik

**Textliche Überarbeitung:**

Wolf Gunter Brüggemann

**Fotos:**

Titelfoto: Lars Landmann (fotografie), Wolfsburg

Klaus Peter Wittemann, Göttingen S.1

IG Metall-Vorstand: Michael Schinke S. 14, Rolf Nutzenberger S. 18/23, Werner Bachmeier S. 2/5, Marianne Lutz S. 6, zplus S. 7, Henry Kirch S. 8, Günter Brauner S. 9, Alfred Klose S. 15, Gert Horn S. 16 (rechts), Krista Deppe S. 20, Willi Grohnert S. 21, Sven Ehlers S. 22  
IG Metall-Verwaltungsstellen: Wolfsburg S. 4, Zwickau S. 10, Augsburg S. 11, Erlangen S.13/19, Siegen S. 16 (links), Cottbus S. 17

**Gestaltung:**

Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt/M., [www.zplus.de](http://www.zplus.de)

**Druck:**

Druckhaus Dresden GmbH

**Stand:**

Juli 2010

